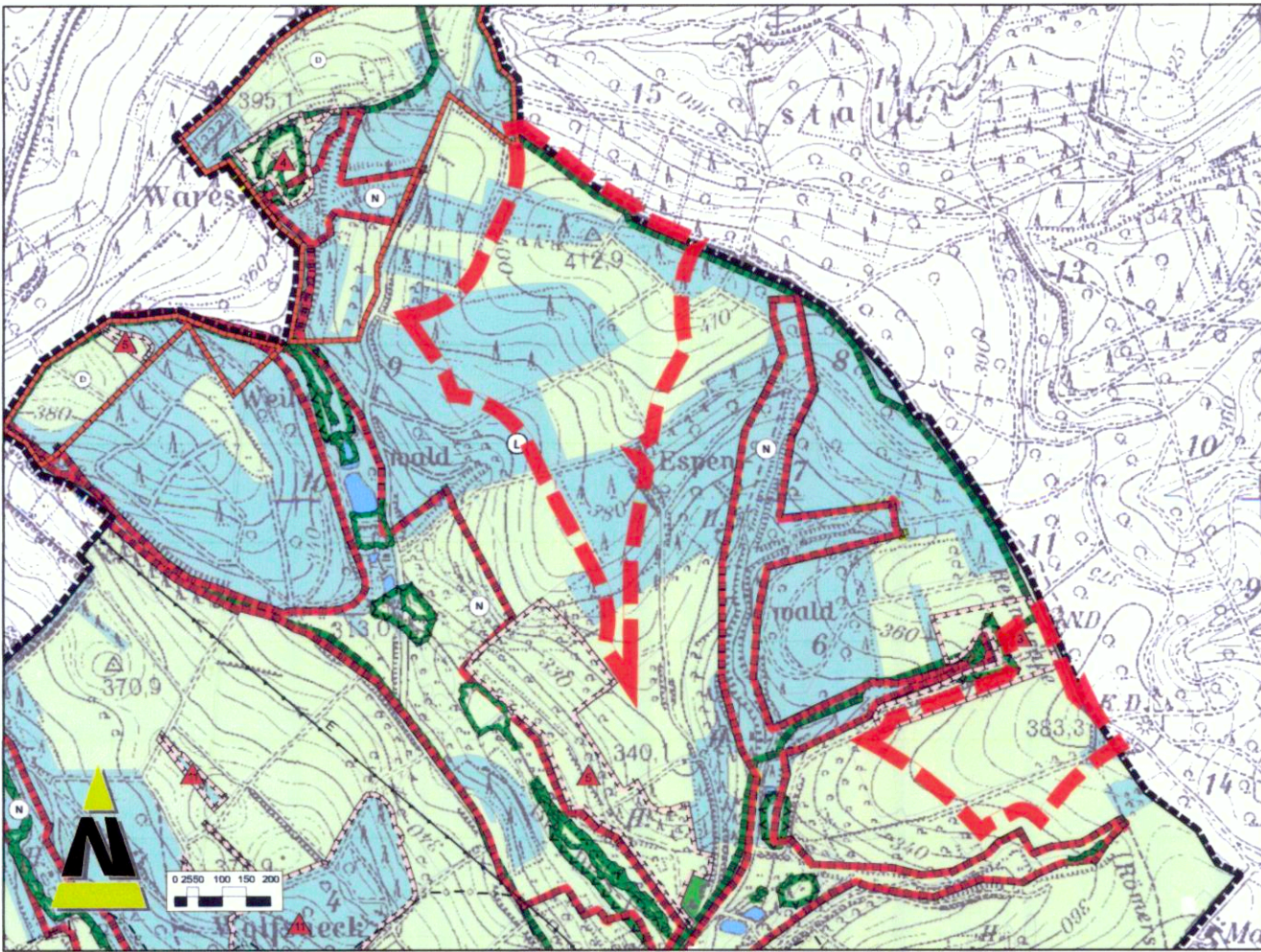


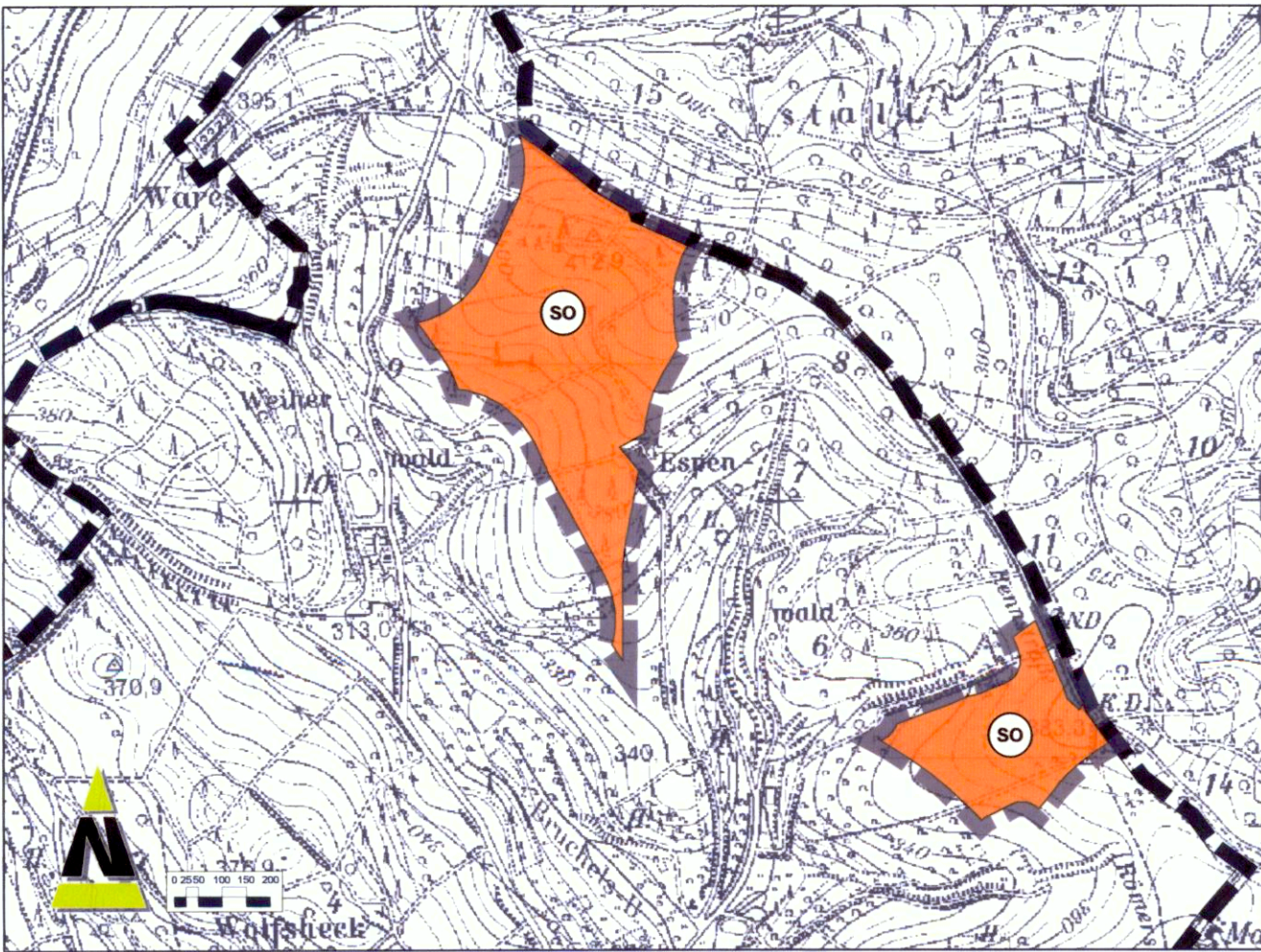


Nördlich Alswailer

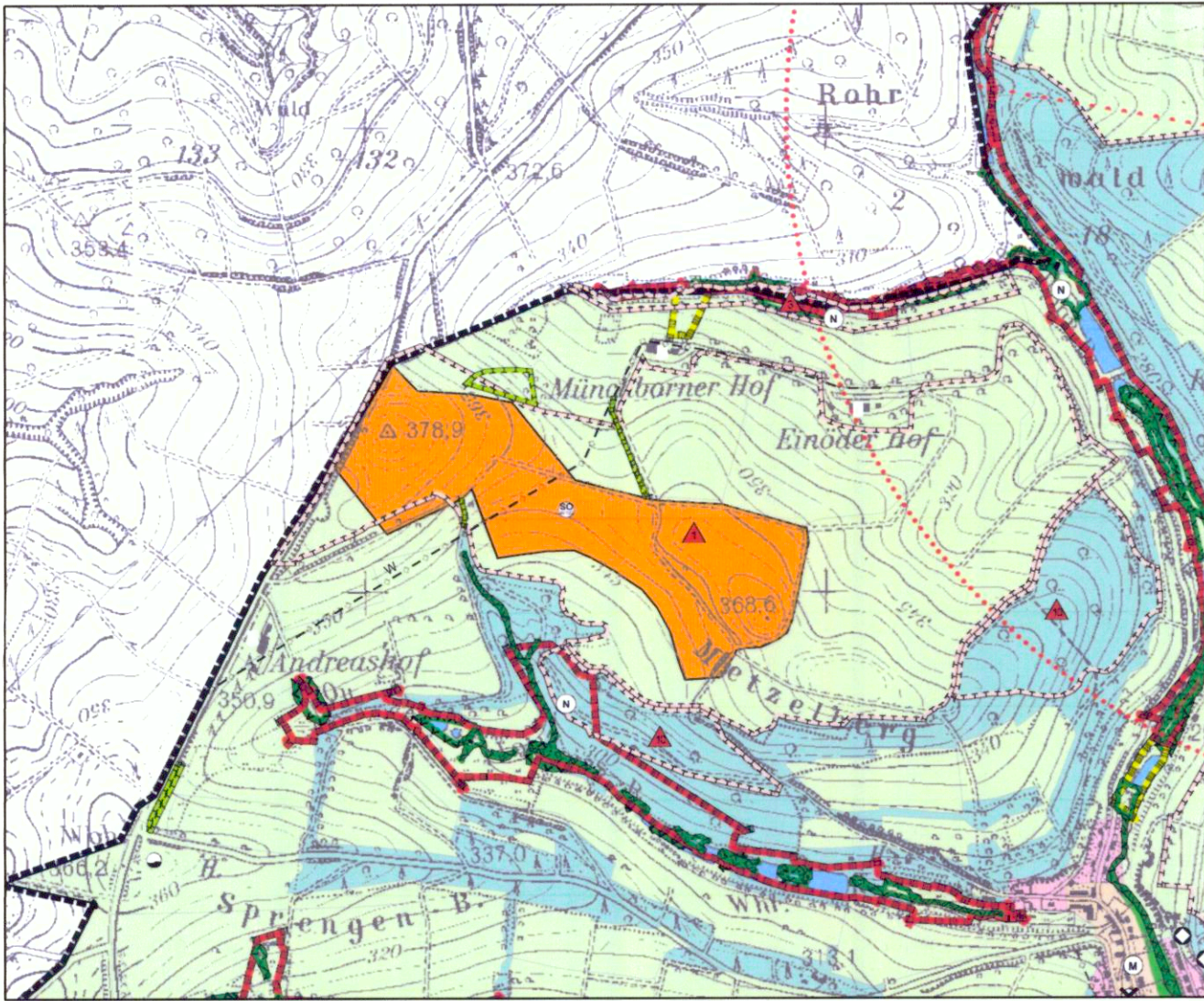
Bisherige Darstellung des Flächennutzungsplans



Teiländerung des Flächennutzungsplans



Metzelberg

Nachrichtliche Übernahme aus dem Flächennutzungsplan
Stand Juni 2006

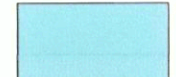
Planzeichenerläuterung

(nach BauGB in Verbindung mit BauNVO und PlanzV 1990)

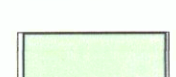


Gemeindegrenze

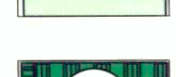
Bisherige Darstellung des Flächennutzungsplans

Abgrenzung der FNP-Teiländerungsbereiche in der bisherigen Darstellung
(entspricht der aus der gutachterlichen Bewertung zur Windenergienutzung
ermittelten Eignungsflächen / Konzentrationszonen)

Fläche für Wald (§ 5 Abs. 2 Nr. 9 und Abs. 4 BauGB)



Fläche für die Landwirtschaft (§ 5 Abs. 2 Nr. 9 und Abs. 4 BauGB)



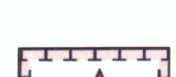
Landschaftsschutzgebiet



Maßnahmefläche (Ausbildung von Pufferzonen)



Maßnahmefläche (Erhalt von Altholzbeständen)



Altablagerung

Umgrenzung der Flächen unter denen der Bergbau umgeht
oder für den Abbau von Mineralien bestimmt sind

Nachrichtliche Übernahme

Sonderbauflächen (§ 1 Abs. 1 Nr. 4 BauNVO)
hier: „Windenergie“

Teiländerung des Flächennutzungsplans

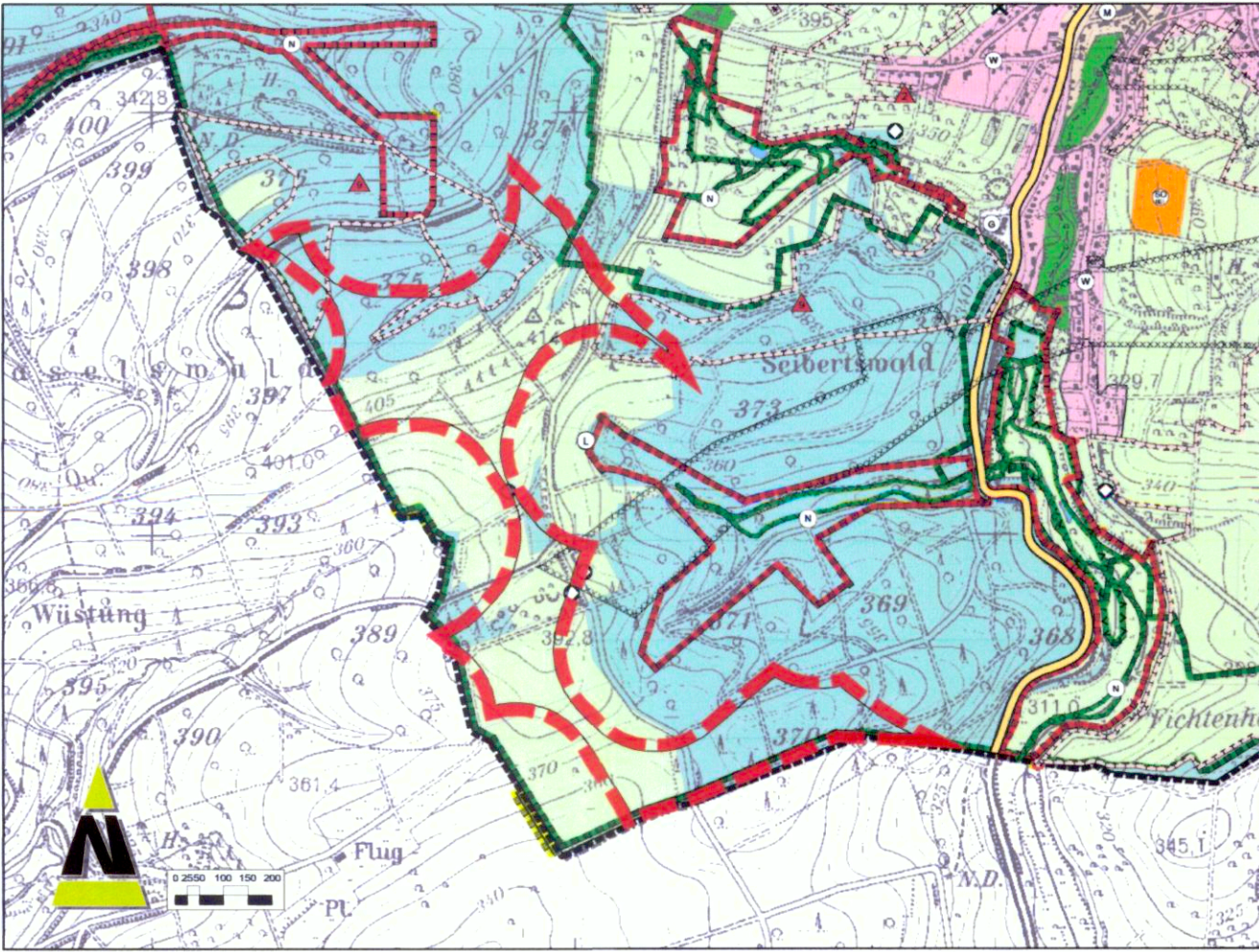


Grenze des räumlichen Geltungsbereichs der Flächennutzungsplanänderung

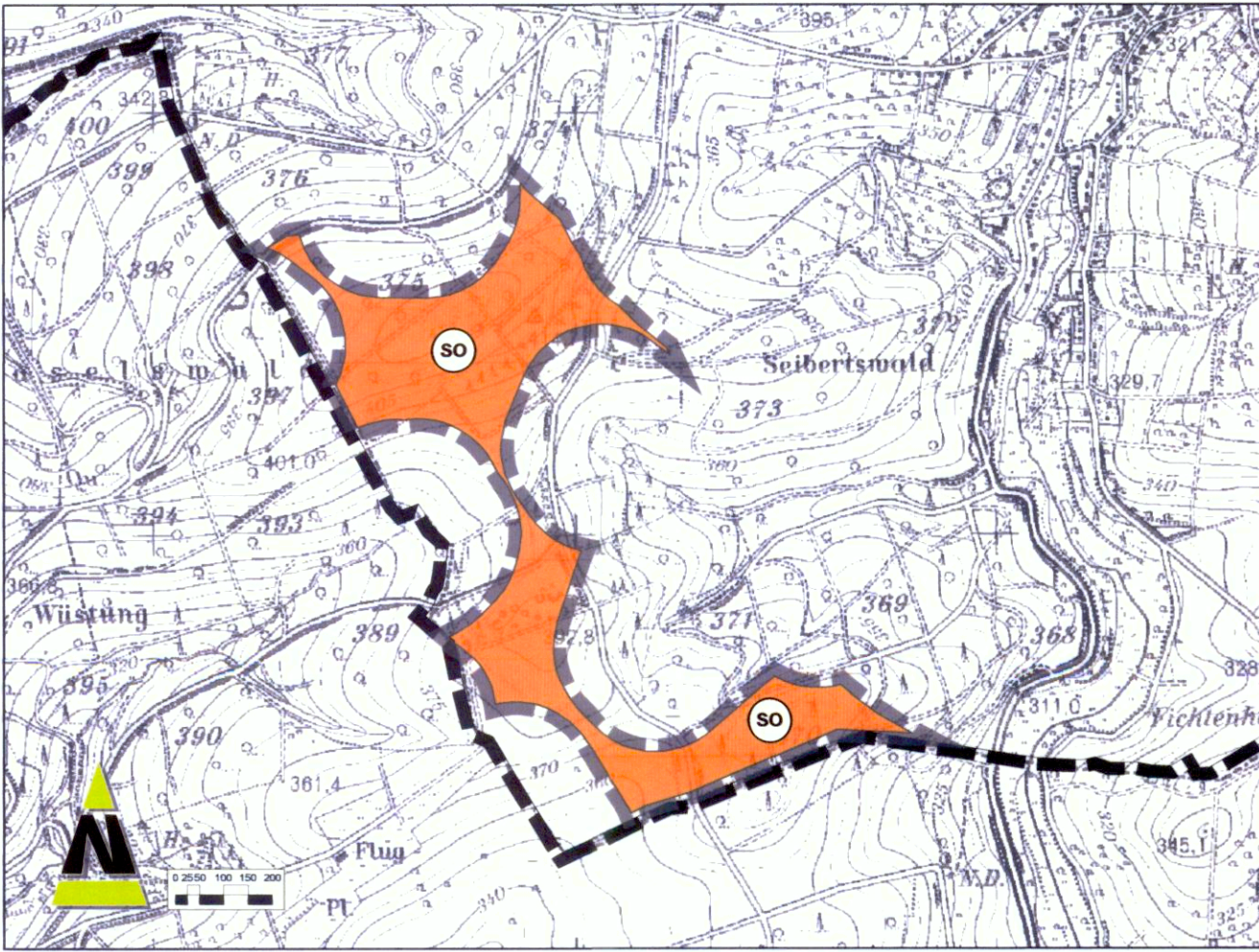
Sondergebiet (§ 5 Abs. 2 Nr. 1 BauGB i.V.m. § 1 Abs. 1 Nr. 4 BauNVO)
hier: Zweckbestimmung „Windenergienutzung“

Seibertswald

Bisherige Darstellung des Flächennutzungsplans



Teiländerung des Flächennutzungsplans

Darstellung und Ausschluss von
Windenergieanlagen

Darstellung des Flächennutzungsplanes

Der rechtswirksame Flächennutzungsplan der Gemeinde Marpingen stellt die zwei Konzentrationszonen

- Konzentrationszone 1 Nördlich Alswailer
- Konzentrationszone 2 Seibertswald

als Fläche für Wald (§ 5 Abs. 2 Nr. 9 a BauGB) und Fläche für die Landwirtschaft (§ 5 Abs. 2 Nr. 9 und Abs. 4 BauGB) dar. Der Bereich "Metzelberg" (siehe Planzeichnung) ist im Flächennutzungsplan als Sonderbaufläche für Windenergie (§ 1 Abs. 1 Nr. 4 BauNVO) dargestellt. Desweiteren sind keine sonstigen Flächen auf dem Gebiet der Gemeinde Marpingen als Konzentrationszonen für Windenergie dargestellt.

Daher verfolgt die Gemeinde Marpingen mit vorliegender Teiländerung des Flächennutzungsplanes das Ziel die Windenergie im Gemeindegebiet räumlich zu steuern und die Teilräume (Konzentrationszonen) "Nördlich Marpingen" und "Seibertswald" als Sondergebiet mit der Zweckbestimmung "Windenergienutzung" (§ 5 Abs. 2 Nr. 1 i.V.m. § 1 Abs. 1 Nr. 4 BauNVO) darzustellen. Gleichzeitig wird an anderer Stelle im Gemeindegebiet Windenergie ausgeschlossen.

Ausschluss von Windenergieanlagen im übrigen Gemeindegebiet

Es ist zur Sicherung eines Ausschlusses von Windenergieanlagen im übrigen Gemeindegebiet notwendig, das gesamte Gemeindegebiet bezüglich seiner Eignung zur Windenergienutzung zu untersuchen (vgl. Standortkonzept). Im Rahmen der vorliegenden Flächennutzungsplan-Teiländerung werden die Bereiche "Nördlich Alswailer" und "Seibertswald" als Sondergebiet mit der Zweckbestimmung "Windenergienutzung" (§ 5 Abs. 2 Nr. 1 BauGB i.V.m. § 1 Abs. 1 Nr. 4 BauNVO) ausgewiesen, der Bereich "Metzelberg" nachrichtlich übernommen. Die bereits im LEP Teilschnitt Umwelt als Vorranggebiete für Windenergie ausgewiesenen Flächen werden durch die in der FNP-Teiländerung ausgewiesenen Sonderbauflächen "Windenergie" überlagert.

Die oben genannten Bereiche haben sich einerseits im Rahmen des Standortkonzeptes und nach Abwägung aller öffentlicher Belange als die am besten für die Ausweisung als Sondergebiet mit der Zweckbestimmung "Windenergienutzung" geeigneten Flächen innerhalb des Gemeindegebietes erwiesen bzw. werden aus Gründen der Anpassungspflicht des FNP an die Vorgaben der Raumordnung und die Landesplanung - hier des LEP-Teilschnitt Umwelt als Sondergebiet mit der Zweckbestimmung "Windenergienutzung" dargestellt.

Im Sinne des Konzentrationszonenkonzeptes wird hier die Windenergienutzung konzentriert, während im übrigen Gemeindegebiet Windenergienutzung ausgeschlossen ist.

Gesetzliche Grundlagen

Bund:

Raumordnungsgesetz (ROG) vom 22. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2986), zuletzt geändert durch Art. 9 des Gesetzes zur Neuordnung des Wasserrechts vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585)

Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 15. Juli 2014 (BGBl. I S. 954)

Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Bauordnungsverordnung BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Januar 1990 (BGBl. I S. 133), zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 11.6.2013 (BGBl. I S. 1548)

Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planinhalts (Planzeichenvorordnung 1990 PlanzV 90) vom 18. Dezember 1990 (BGBl. I S. 58), zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 22.7.2011 (BGBl. I S. 1509)

Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz WHG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585), zuletzt geändert durch Artikel 2 Abs. 100 sowie Artikel 4 Abs. 76 des Gesetzes vom 07.08.2013 (BGBl. I S. 3154)

Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz BNatSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), zuletzt geändert durch Artikel 2 Abs. 100 sowie Artikel 4 Abs. 76 des Gesetzes vom 07.08.2013 (BGBl. I S. 3154)

Gesetz zum Schutz vor schädlichen Bodenveränderungen und zur Sanierung von Altlasten (Bundes-Bodenschutzgesetz BBodSchG) vom 17. März 1998, zuletzt geändert durch Artikel 5 Absatz 30 des Gesetzes zur Neuordnung des Kreislaufwirtschafts- und Abfallrechts vom 24. Februar 2012 (BGBl. I S. 212)

Bundesbodenschutz- und Altlastenverordnung (BBodSchV) vom 12. Juli 1999 (BGBl. I S. 1554), zuletzt geändert durch Artikel 5 Absatz 31 des Gesetzes zur Neuordnung des Kreislaufwirtschafts- und Abfallrechts vom 24. Februar 2012 (BGBl. I S. 212)

Gesetz zur Erhaltung des Waldes und zur Förderung der Forstwirtschaft (Bundeswaldgesetz) in der Fassung der Bekanntmachung vom 02. Mai 1975 (BGBl. I S. 1037), zuletzt geändert durch das zweite Gesetz zur Änderung des Bundeswaldgesetzes vom 31. Juli 2010 (BGBl. I S. 1050)

Land:

Saarländisches Landesplanungsgesetz (SLPG), Gesetz Nr. 1731 vom 18. November 2010 (Amtsblatt des Saarlandes S. 2599)

Kommunalselbstverwaltungsgesetz (KSVG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. Juni 1997 (Amtsblatt des Saarlandes S. 682), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 14. Mai 2014 (Amtsbl. I S. 172)

Gesetz zum Schutz der Natur und Heimat im Saarland (Saarländisches Naturschutzgesetz SNG), Artikel 1 des Gesetzes Nr. 1592 zur Neuordnung des Saarländischen Naturschutz- rechts vom 05. April 2006 (Amtsblatt des Saarlandes S. 726), geändert durch Art. 3 i.V.m. Art. 5 des Gesetzes Nr. 1661 zur Einführung einer Strategischen Umweltprüfung und zur Umsetzung der SUP-Richtlinie im Saarland vom 28. Oktober 2008 (Amtsblatt des Saarlandes 2008 S. 3)

Saarländisches Wassergesetz (SWG), in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. Juli 2004 (Amtsblatt des Saarlandes S. 1994), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 3. Dezember 2013 (Amtsbl. I 2014 S. 2).

Saarländisches Denkmalschutzgesetz (SDSchG), Artikel 1 des Gesetzes zur Neuordnung des saarländischen Denkmalrechts vom 19. Mai 2004 (Amtsblatt des Saarlandes S. 1496), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes Nr. 1668 vom 17. Juni 2009 (Amtsblatt des Saarlandes S. 1374)

Landesbauordnung (LBO), Artikel 1 des Gesetzes Nr. 1544 zur Neuordnung des Saarländischen Bauordnungs- und Bauberufsrechts vom 18. Februar 2004 (Amtsblatt des Saarlandes S. 822), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 11. Dezember 2012 (Amtsblatt des Saarlandes S. 1554)

Saarländisches Nachbarrechtsgesetz vom 28. Februar 1973 (Amtsblatt des Saarlandes S. 210), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 18. Februar 2004 (Amtsblatt des Saarlandes S. 822)

Saarländisches Gesetz zur Ausführung des Bundes-Bodenschutzgesetzes (SBodSchG) Saarländisches Bodenschutzgesetz vom 20. März 2002 (Amtsblatt des Saarlandes S. 990) zuletzt geändert durch Art.10 Abs.3 i.V.m. Art.14 des Gesetzes Nr.1632 zur Reform der saarländischen Verwaltungsstrukturen vom 21. November 2007 (Amtsblatt des Saarlandes S.2393)

Verfahrensvermerke

Aufstellungsbeschluss

Der Rat der Gemeinde Marpingen hat in seiner Sitzung am 31.08.2011 die Einleitung des Verfahrens zur Teiländerung des Flächennutzungsplanes - "Steuerung Windenergie / Ausweisung von Konzentrationszonen" beschlossen (§ 2 Abs.1 BauGB).

Der Aufstellungsbeschluss wurde am 04.11.2011 durch Veröffentlichung im amtlichen Bekanntmachungsblatt der Gemeinde Marpingen ortsüblich bekannt gemacht.

Marpingen, den 11.10.2011

Der Bürgermeister

Frühzeitige Beteiligungsverfahren

Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit wurde durch Auslegen der Planunterlagen vom 24.09.2012 bis zum 24.10.2012 durchgeführt (§ 3 Abs.1 BauGB). Sie wurde am 14.09.2012 ortsüblich bekannt gemacht.

Die von der Planung berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange und die Nachbargemeinden wurden mit Schreiben vom 20.09.2012 frühzeitig von der Planung unterrichtet (§ 4 Abs.1 und § 2 Abs.2 BauGB). Ihnen wurde eine Frist bis zum 24.10.2012 zur Stellungnahme gegeben.

Öffentliche Auslegung

Der Rat der Gemeinde Marpingen hat in seiner Sitzung am 27.02.2013 den Entwurf der Teiländerung des Flächennutzungsplanes - "Steuerung Windenergie / Ausweisung von Konzentrationszonen" mit Begründung beschlossen und zur öffentlichen Auslegung bestimmt. Die Ortsräte wurden beteiligt.

Die von der Planung berührten Behörden, sonstigen Träger öffentlicher Belange und die Nachbargemeinden wurden mit Schreiben vom 13.03.2013 an der Planung beteiligt (§ 4 Abs.2 BauGB). Ihnen wurde eine Frist bis zum 19.04.2013 zur Stellungnahme gegeben.

Der Entwurf der Teiländerung des Flächennutzungsplanes - Steuerung Windenergie / Ausweisung von Konzentrationszonen hat mit der Begründung in der Zeit vom 18.03.2013 bis einschließlich zum 19.04.2013 während der Dienststunden öffentlich ausgelegt (§ 3 Abs.2 BauGB).

Ort und Dauer der Auslegung sowie Angaben dazu, welche Arten umweltbezogener Informationen verfügbar sind, wurden mit dem Hinweis, dass Stellungnahmen während der Auslegungsfrist abgegeben werden können und dass nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen unberücksichtigt bleiben und, dass ein Antrag nach § 47 Verwaltungsgerichtsordnung unzulässig ist, soweit mit ihm Einwendungen geltend gemacht werden, die vom Antragsteller im Rahmen der Auslegung nicht oder verspätet geltend gemacht wurden, aber hätten geltend gemacht werden können, am 08.03.2013 durch Veröffentlichung im Amtlichen Bekanntmachungsblatt der Gemeinde Marpingen ortsüblich öffentlich bekannt gemacht.

Der Rat der Gemeinde Marpingen hat in seiner öffentlichen Sitzung am 04.07.2013 die abgegebenen Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange geprüft.

Das Ergebnis wurde denjenigen, die Anregungen vorgebracht haben mit Schreiben vom 02.10.2013 mitgeteilt (§ 3 Abs. 2 Satz 4 BauGB).

Erneute öffentliche Auslegung
(Anpassung aufgrund neuer LSG-Verordnung)

Der Rat der Gemeinde Marpingen hat in seiner Sitzung am 04.07.2013 den Entwurf der Teiländerung des Flächennutzungsplanes - "Steuerung Windenergie / Ausweisung von Konzentrationszonen" mit Begründung zur erneuten öffentliche Auslegung bestimmt.

Den beteiligten Behörden, sonstigen Träger öffentlicher Belange und den Nachbargemeinden wurde Gelegenheit zur Stellungnahme zu den vorgenommenen Planänderungen gegeben.

Der geänderte Entwurf der Teiländerung des Flächennutzungsplanes - "Steuerung Windenergie / Ausweisung von Konzentrationszonen", bestehend aus der Planzeichnung und der Begründung, hat in der Zeit vom 22.07.2013 bis einschließlich zum 19.08.2013 während der Dienststunden erneut öffentlich ausgelegt (§ 4a Abs. 3 BauGB i.V.m. § 3 Abs. 2 BauGB).

Ort und Dauer der erneuten Auslegung wurden mit dem Hinweis, dass Stellungnahmen während der Auslegungsfrist abgegeben werden können, dass nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen unberücksichtigt bleiben, und dass ein Antrag nach § 47 der Verwaltungsgerichtsordnung unzulässig ist, soweit mit ihm Einwendungen geltend gemacht werden, die vom Antragsteller im Rahmen der Auslegung nicht oder verspätet geltend gemacht wurden, aber hätten geltend gemacht werden können, am 12.07.2013 durch Veröffentlichung im Amtlichen Bekanntmachungsblatt der Gemeinde Marpingen ortsüblich bekannt gemacht.

Die von den Planänderungen betroffenen Stellen wurden mit Schreiben vom 19.07.2013 erneut um Stellungnahme zum Entwurf der Teiländerung des Flächennutzungsplanes - "Steuerung Windenergie / Ausweisung von Konzentrationszonen" und der Begründung gebeten (§ 4 Abs. 3 BauGB i.V.m. § 3 Abs. 2 BauGB).

Die vorgebrachten Anregungen wurden vom Rat der Gemeinde Marpingen geprüft und in die Abwägung eingestellt.

Das Ergebnis aus der öffentlichen Auslegung und der erneuten öffentlichen Auslegung wurde denjenigen, die Anregungen vorgebracht haben, mit Schreiben vom 02.10.2013 (§ 3 Abs. 2 Satz 4 BauGB).

Wiederholung der erneuten öffentlichen Auslegung
(Wiederholung aufgrund eines Formfehlers in der öffentlichen Bekanntmachung)

Der Rat der Gemeinde Marpingen hat in seiner Sitzung am 04.07.2013 den Entwurf der Teiländerung des Flächennutzungsplanes - "Steuerung Windenergie / Ausweisung von Konzentrationszonen" mit Begründung beschlossen und zur Auslegung bestimmt.

Der Entwurf der Teiländerung des Flächennutzungsplanes - "Steuerung Windenergie / Ausweisung von Konzentrationszonen", bestehend aus der Planzeichnung und der Begründung, wurde in der Zeit vom 02.01.2014 bis einschließlich zum 02.02.2014 während der Dienststunden wiederholt erneut öffentlich ausgelegt (§ 4a Abs. 3 BauGB i.V.m. § 3 Abs. 2 BauGB).

Ort und Dauer der wiederholten erneuten Auslegung wurden mit dem Hinweis, dass Stellungnahmen während der Auslegungsfrist abgegeben werden können, dass nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen unberücksichtigt bleiben, und dass ein Antrag nach § 47 der Verwaltungsgerichtsordnung unzulässig ist, soweit mit ihm Einwendungen geltend gemacht werden, die vom Antragsteller im Rahmen der Auslegung nicht oder verspätet geltend gemacht wurden, aber hätten geltend gemacht werden können, am 13.12.2013 durch Veröffentlichung im Amtlichen Bekanntmachungsblatt der Gemeinde Marpingen ortsüblich bekannt gemacht.

Die von den Planänderungen berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurden mit Schreiben vom 27.12.2013 wiederholt an der Planung beteiligt (§ 4 Abs. 2 BauGB). Ihnen wurde eine Frist bis zum 02.02.2014 zur Stellungnahme gebeten.

Der Rat der Gemeinde Marpingen hat in seiner öffentlichen Sitzung am 26.02.2014 die abgegebenen Stellungnahmen aus der wiederholten erneuten Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange geprüft.

Das Ergebnis wurde denjenigen, die Anregungen während der wiederholten erneuten Auslegung vorgebracht haben, mit Schreiben vom 12.03.2014 mitgeteilt (§ 3 Abs. 2 Satz 4 BauGB).

Aufgrund der notwendigen Beteiligung der Ortsräte in diesem Verfahrensschritt, musste der Gemeinderatsbeschluss vom 26.02.2014 am 15.10.2014 aufgehoben werden. Die Ortsräte von Alswiler (11.09.2014), Berschweiler (15.09.2014), Marpingen (04.09.2014) und Urexweiler (06.10.2014) haben der Abwägung zugestimmt. Der Rat der Gemeinde Marpingen hat in seiner öffentlichen Sitzung am 15.10.2014 die Abwägung erneut beschlossen.

Abschließender Beschluss

Der Gemeinderat der Gemeinde Marpingen hat am 15.10.2014 die Teiländerung des Flächennutzungsplanes - "Steuerung Windenergie / Ausweisung von Konzentrationszonen" beschlossen.

Marpingen, den 11.10.2014

Der Bürgermeister

Ausfertigung

Die Teiländerung des Flächennutzungsplanes - "Steuerung Windenergie / Ausweisung von Konzentrationszonen" wird hiermit ausgeteilt.

Marpingen, den 11.10.2014

Der Bürgermeister

Genehmigung

Die Teiländerung des wirksamen Flächennutzungsplanes der Gemeinde Marpingen wurde gem. § 6 Abs. 1 BauGB vom Ministerium für Inneres und Sport genehmigt.

Az.: F12-478-SO/12 80

Saarland
Ministerium für Inneres und Sport
Abt. 1 (Landesplanung)
Franz-Josef-Ring 1
66119 Saarbrücken
Saarbrücken, den 27.11.2014

Die Erteilung der Genehmigung der Teiländerung des Flächennutzungsplanes durch das Ministerium für Inneres und Sport vom _____ ist am _____ gem. § 6 Abs. 5 BauGB ortsüblich bekanntgemacht worden, mit dem Hinweis auf Ort und Zeit der öffentlichen Einsehbarkeit des Flächennutzungsplanes.

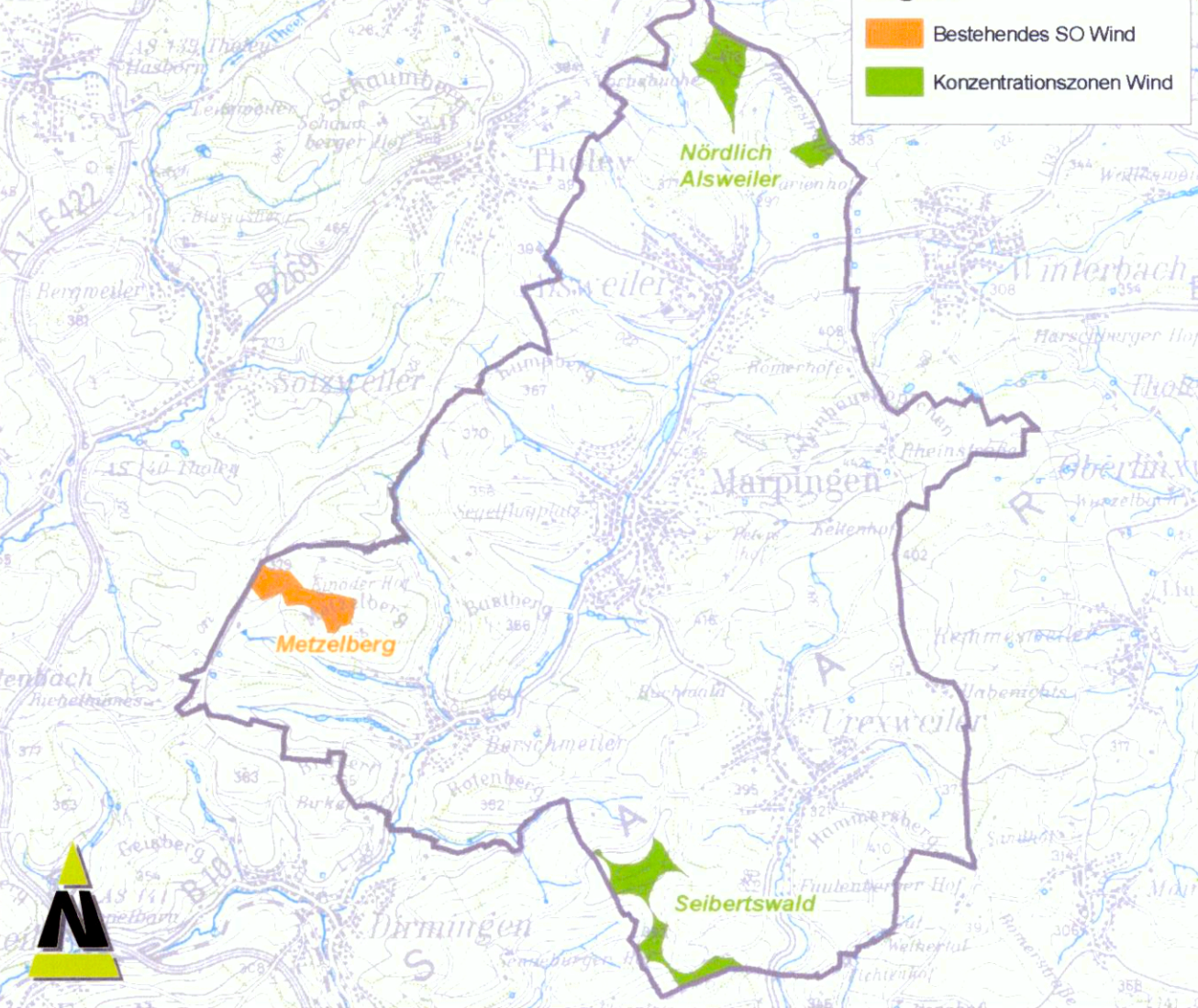
Mit der Bekanntmachung ist die Flächennutzungsplanänderung wirksam.

Marpingen, den 11.10.2014

Der Bürgermeister

Übersichtsplan

(ohne Maßstab)



Maßstab
1 : 15 000 im Original
(Verkleinerung siehe Maßkette)

Projektbezeichnung
MAR-FNP-WIND2
-12-047

Planformat
575 x 1000 mm

Verfahrensstand
Abschließender
Beschluss

Datum
15.10.2014

Bearbeitung
Achim Später

Gemeinde Marpingen
Teiländerung des Flächennutzungsplanes
"Steuerung Windenergie /
Ausweisung von Konzentrationszonen"

Altenkesseler Straße 17/A4
66115 Saarbrücken
Tel.: 0681 / 844979-00
Fax: 0681 / 844979-10
info@argusconcept.com
www.argusconcept.com

ARGUS CONCEPT
Gesellschaft für Lebensraumentwicklung mbH